Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von

Arbeitgeberpräsident
Dr. Rainer Dulger

„Deutschland kann mehr“

SPERRFRIST:
25. November 2025, 09.50 Uhr

– nach Beendigung der Rede –

Deutscher Arbeitgebertag
Berlin, 25. November 2025

Vielleicht erinnern sich manche von Ihnen noch an diesen Tag. In Kiel ritten die Menschen auf Pferden durch die Innenstadt. Menschen fuhren mit dem Fahrrad über Autobahnen. Manche waren sogar mit Kutschen unterwegs. Was nicht unterwegs war: Autos, LKW und Busse.

Dieser Tag jährt sich heute zum 52. Mal. Am 25. November 1973 gab es den ersten autofreien Sonntag in Deutschland. Die Menschen in der Bundesrepublik waren aufgefordert, ihre Autos stehen zu lassen. Es war eine Reaktion auf den Ölpreisschock. Der hohe Ölpreis war ein massiver Dämpfer für die damals florierende Wirtschaft in Deutschland. Und heute? Ja, die Autos fahren.

Mit solchen externen Schocks musste unsere Wirtschaft in den zurückliegenden Jahren zurechtkommen: die Lehman-Krise, Corona, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die US-Zollpolitik.

Neu ist, dass sich Deutschland nicht so leicht aus der aktuellen Krise befreien kann, weil sie zu einem guten Teil hausgemacht ist.

Mit einer Bürokratie, die jede neue Idee erstmal durch zehn Aktenordner schickt.

Mit einer Energiepolitik, die im Ausland bestenfalls Aufmerksamkeit, aber keine Nachahmer findet.

Mit einem Sozialstaat, der schneller wächst als die Wirtschaft.

Deutschland scheint irgendwann falsch abgebogen zu sein. Viele von uns haben gedacht, dass die wirtschaftliche Stärke unseres Landes etwas Unverrückbares wäre. Kleine Wachstumsraten wurden gefeiert, ohne zu sehen, dass der Wettbewerb viel schneller wächst als wir. Während andere Länder Technologiesprünge machen, überlegen wir, wie sich diese regulieren lassen.

Wir dürfen keine Nostalgiegesellschaft werden.

Wir dürfen nicht dahin kommen, dass wir uns nur noch erzählen, was wir schon alles geleistet haben, und wie groß wir als Land einst waren.

Wir müssen erkennen, dass das, was uns stark gemacht hat, nicht einfach so stehen bleibt: unser Fleiß, unsere Ingenieurskunst, unsere Offenheit für neue Technologien, unser Exporterfolg.

Die Welt da draußen verändert sich rasant: neue Wettbewerber, erfolgreiche Geschäftsmodelle, Disruption allerorten.

Wir – die Unternehmen in Deutschland – stellen uns diesen Herausforderungen durch kontinuierliche Veränderung:

Ganze Konzerne haben sich neu erfunden – Familienunternehmen völlig neu aufgestellt. Die Digitalisierung schüttelt uns mächtig durch. Und Künstliche Intelligenz stellt die Betriebe vor enorme Herausforderung.

Und die Politik? Was tut sie?

Die Politik hat leider über Jahrzehnte nur zugeschaut.

Schon vor 40 Jahren wussten wir, dass die Entwicklung unserer Bevölkerungszahlen die Sozialsysteme stärker verändern wird als die Globalisierung.

Es scheint, als bestünde der Ehrgeiz der Politik darin, Probleme auf die lange Bank zu schieben, anstatt sie zu lösen. Oder, um im aktuellen Sprachgebrauch zu bleiben: „Lass uns diese Probleme in Kommissionen klären."

Wer sich wählen lässt und eine Mehrheit im Deutschen Bundestag hat, muss Verantwortung übernehmen. Für alles andere habe ich kein Verständnis. Selbstbeschäftigung ist kein Politikersatz. Und ein Koalitionsvertrag ist nicht die letzte Wahrheit.

Als Unternehmer wollen wir handeln. Wir wollen rasch Ergebnisse sehen.

Und ich sehe auch das Potential unseres Landes. Ich bin daher zutiefst davon überzeugt: Deutschland kann mehr!

Das solide Fundament ist da. Unternehmen in Deutschland haben sich schon immer dadurch ausgezeichnet, dass sie nie nachgelassen haben, bis sie eine Lösung für ein vermeintlich unlösbares Problem gefunden haben.

Ich will es ganz klar machen:

Wir Unternehmer wollen in Deutschland investieren.

Wir wollen hier Arbeitsplätze schaffen.

Wir wollen dazu beitragen, dass unser Land wieder erfolgreich sein kann.

Dafür arbeiten wir in unseren Unternehmen mit unseren Beschäftigten jeden Tag. Und deshalb ärgert es mich auch, wenn uns von einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung mangelnder Standortpatriotismus vorgeworfen wird.

Viele Unternehmen sind tief verwurzelt in diesem Land. Sie sind eng verbunden mit ihrer Region und den Menschen. Gerade, weil wir Standortpatrioten sind, wollen wir den Erfolg unseres Landes.

Keiner ist stolz darauf, dass Deutschland das Schlusslicht der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa ist. Keiner ist stolz darauf, dass andere Länder an uns vorbeiziehen und dass wir dabei sind, den Anschluss zu verlieren. Deswegen brauchen wir jetzt Reformen.

Es gibt aber auch andere Minister im Bundeskabinett.

Liebe Frau Bundesministerin Reiche, vielen herzlichen Dank, dass Sie trotz aller Verpflichtungen bei uns sind. Wir sehen Sie als Treiberin von Reformen. Sie sagen, was ist und was es braucht. Sie mahnen Reformen an – auch unbequeme. Das ist mutig. Wir wissen das sehr zu schätzen.

Wir freuen uns, dass wir wieder eine Wirtschaftsministerin haben, die die Interessen der Unternehmen im Blick hat. Hierbei, sehr geehrte Frau Ministerin, unterstützen wir Sie gerne.

Alle in der Koalition brauchen mehr Ambition.

Wir sehen die Ansätze, wir sehen die Bemühungen, doch eine Wirtschafts-Wende, einen Reform-Turbo, oder gar eine ganze Reform-Jahreszeit haben wir bisher nicht ausmachen können.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat festgestellt, dass die Betriebe in Deutschland in den vergangenen drei Jahren 325.000 Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt haben, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen. 325.000!

Diese Menschen fehlen:

- in den Unternehmen.
- bei der Wertschöpfung.
- bei der Kundenbetreuung.
- in der Forschung und Entwicklung.

Das kann nicht sein!

Wir rekrutieren Hunderttausende für den Papierkrieg, während in den Betrieben Fach- und Arbeitskräfte fehlen und Öffnungszeiten reduziert werden.

Ein Beschäftigungsaufbau findet praktisch nur noch im öffentlichen Sektor statt. Eine große Zahl davon in Ministerien und Behörden.

Und letztlich müssen wir uns dann auch nicht wundern: Wer mehr Bürokraten einstellt, der bekommt auch mehr Bürokratie. Das muss aufhören!

Genau aus diesem Grund unterstützen wir Bundesminister Wildberger, der eine starke Agenda zum Bürokratieabbau und zur Staatsmodernisierung vorgelegt hat.

Er will die Bürokratiekosten um 25 Prozent reduzieren. Das wären rund 16 Milliarden Euro. Und das bis zum Ende der Legislatur. Da sage ich: Chapeau.

Man kann nur hoffen, dass dieser Ansatz nicht wieder im politischen Alltag zerrieben wird. Wir werden in der politischen Debatte unseren Beitrag leisten, damit die Pläne von Bundesminister Wildberger Wirkung entfalten können.

Gleichzeitig warne ich davor, noch mehr Bürokraten einzustellen und neue Bürokratie aufzubauen. Denn was andere Ministerien derzeit an Gesetzgebung planen, bedeutet ein Mehr an Bürokratie – und nicht weniger.

Nur drei Beispiele:

das Tariftreuegesetz,

das Entgelttransparenzgesetz,

das Beschäftigtendatenschutzgesetz.

Dieses Mehr an Bürokratie braucht wirklich keiner.

Deutschland kann vor allem auch mehr beim Umbau des Sozialstaats.

Gerechtigkeit, Respekt und Fairness – all das sind wichtige Werte unserer Gesellschaft. Wir Arbeitgeber stehen dazu. Aber wir müssen auch sehen, dass ein Sozialstaat nicht durch seine schiere Größe gerechter wird.

Immer mehr Geld zu verteilen und neue Leistungen zu schaffen, heißt nicht, dass ein System fairer wird. Ein Sozialstaat ist gerecht, wenn er dort hilft, wo er gebraucht wird – und wenn er dabei finanzierbar bleibt.

Wir leisten uns laut ifo-Institut mehr als 500 Sozialleistungen, allein die Sozialgesetzbücher umfassen über 3.000 Paragrafen. Niemand kann mir erklären, dass das effizient ist.

Wie absurd das System ist, hat unlängst Peer Steinbrück mit einem Beispiel gezeigt, das mir nicht mehr aus dem Kopf geht:

Eine alleinerziehende Frau mit einem pflegebedürftigen Vater hat Anspruch auf zwölf verschiedene Sozialleistungen, für die acht Bewilligungsstellen zuständig sind, bei denen es vier unterschiedliche Definitionen von „Einkommen“ gibt.

Das zeigt nicht nur die Absurdität. Es zeigt vor allem, dass häufig die Schlauen und nicht die Bedürftigen von diesem System profitieren.

Wir alle wollen einen funktionierenden Sozialstaat. Deshalb müssen wir auch über dessen Finanzierbarkeit sprechen. Wenn wir 25 Milliarden Euro allein für die Verwaltung der Sozialversicherungen ausgeben, ist das kein Zeichen für Gerechtigkeit. Diese Gelder könnten effizienter – und vor allem dort, wo sie wirklich gebraucht werden – eingesetzt werden.

Wir liegen bei den Gesundheitsausgaben an der Spitze in Europa. Als Gegenleistung liegen wir aber nicht an der Spitze der Qualität. Es fehlt der gesetzlichen Krankenversicherung nicht an Geld, sondern am richtigen Einsatz der Mittel.

Wir Arbeitgeber haben konkrete Vorschläge für eine Gesundheitsreform 2026 eingebracht. Sie reichen unter anderem von einer Reform der Krankenhausstruktur, über die Stärkung der Eigenverantwortung bis zur korrekten Finanzierung versicherungsfremder Leistungen.

Für unsere Vorschläge zur Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung habe ich ordentlich Gegenwind bekommen. Ich möchte Ihnen dazu eines sagen: Ich wache morgens als Arbeitgeberpräsident nicht auf und überlege mir, mit welcher steilen Forderung ich die Republik in Wallung versetzen kann.

Mir geht es um die Sache. Es wäre mehr als ungewöhnlich, wenn alle unsere Vorschläge eins zu eins umgesetzt würden.

Aber ich erwarte, dass die Politik endlich konkret wird und uns nicht nur sagt, was sie nicht will. Und dabei ist es nur verständlich, dass über den richtigen Weg gerungen wird.

Unser Ziel ist ein faires Gesundheitssystem. Das effizient, leistungsfähig und dabei für alle bezahlbar bleibt. Die ohnehin viel zu hohen Beitragssätze dürfen daher nicht noch weiter steigen – sie müssen endlich sinken. Das ist sozial.

Die Reform des Bürgergeldes könnte aus meiner Sicht der Startschuss für eine echte Erneuerung unseres Sozialstaates sein. Mehr Fairness und Gerechtigkeit bei gleichzeitig besserer Integration in Arbeit – das ist der richtige Kurs. Menschen sollen vorrangig in Arbeit vermittelt werden.

Wir müssen wieder zurück zum Grundsatz des Förderns und Forderns kommen. Denn Arbeit ist die Grundlage für persönliche Entwicklung und gesellschaftlichen Wohlstand! Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten. Jeder, der Sozialleistungen bekommt, muss alles dafür tun, wieder in Arbeit zu kommen.

Die Grundsicherung ist für die Menschen da, die wirklich Unterstützung brauchen.

Mich würde es freuen, wenn wir mit gleicher Intensität nicht nur über Bürgergeld-Empfänger, sondern auch über diejenigen sprechen, die jeden Morgens aufstehen und zur Arbeit gehen. Das hat auch mit Fairness und Gerechtigkeit zu tun.

Ich kann keinem erklären, warum eine Pflegekraft, die im Schichtdienst arbeitet, mit ihren Steuern einen Bürgergeldbezieher finanzieren soll, der eigentlich arbeiten gehen könnte.

Und wer viel Geld auf dem Konto hat, wer Vermögen hat, braucht die Unterstützung des Staates nicht. Wir brauchen ein System, das Arbeit belohnt. Das ist in unser aller Interesse. Denn: Wer arbeitet, wer etwas leistet, stärkt unsere Gesellschaft.

Arbeit und Leistung sind keine bloßen Mittel zum Zweck, sondern Ausdruck von Würde und Teilhabe.

Umso unverständlicher ist es für mich, dass Teile der SPD gegen die Bürgergeld-Reform mobilisieren. Ich habe die SPD als Arbeiterpartei kennen- und schätzen gelernt. Ich würde mich freuen, wenn sie den Fokus ihrer Politik wieder auf die Menschen lenken würde, die arbeiten.

Wenn ich vorher von langen Bänken gesprochen habe, auf die alles geschoben wird: Seit Jahren verstaubt dort ein gewaltiges Thema. Die Rente.

Die Fakten liegen auf dem Tisch. Das Rentenniveau lässt sich schon heute nur mit dreistelligen Milliardenbeträgen aus der Steuerkasse stabilisieren. Derzeit sind es 350 Millionen Euro pro Tag!

Wenn es jetzt noch – wie geplant – auf 48 Prozent eingefroren wird, dann versündigen wir uns an den kommenden Generationen.

Das ist nicht mehr nachvollziehbar!

Alle sagen: Die Rente muss bezahlbar bleiben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das Rentenpaket leistet dazu keinen Beitrag.

Zusammen mit dem Wahlgeschenk namens „Mütterrente“ wird uns die Festschreibung des Rentenniveaus in den nächsten 15 Jahren rund 200 Milliarden Euro kosten – plus unabsehbarer Folgekosten.

Das ist Geld, das für Investitionen fehlt.
Das ist Geld, das für die Bildung von jungen Menschen fehlt.
Geld, das für die Zukunft des Landes fehlt.

Wenn das jetzt junge Abgeordnete zum Thema in der Koalition machen, haben sie meine volle Unterstützung. Schließlich ist das Parlament Auftraggeber der Regierung und nicht umgekehrt. Kabinettsbeschlüsse können geändert werden. Wenn sie falsch sind, dann muss das Parlament sie ändern.

Vielleicht hilft der Politik eine Denkpause – um danach klug zu entscheiden.

In den Unternehmen analysieren wir erst – bevor wir entscheiden.

Zur Rente kennen Sie unsere Vorschläge:

Wenn die Menschen älter werden, muss auch die Regelaltersgrenze schrittweise angehoben werden. Das ist nur fair. Und wenn wir Fachkräfte brauchen, darf es keine abschlagsfreie Rente mit 63 mehr geben. Sie ist teuer und verschärft den Fachkräftemangel.

Zukunft hat das Rentensystem nur, wenn die Lasten der Alterung fair auf die Generationen verteilt werden.

Es ist genug Steuer- und Beitragsgeld da. Das vorhandene Geld gilt es aber gut und sinnvoll einzusetzen. Dafür sind Reformen unerlässlich. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Eine florierende Wirtschaft ist das Fundament für einen starken Sozialstaat. Ohne eine starke Wirtschaft wird der Sozialstaat selbst zum Sozialfall. Mit einer Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent kurbeln wir unsere Wirtschaft wieder an.

Es ist meine feste Überzeugung: Mit entschlossenem Handeln und mit mutigen Reformen stärken wir die demokratische Mitte.

Die Politik muss die Probleme unseres Landes endlich lösen. Nur darüber reden, hilft nicht. Das Vertrauen in die Parteien der Mitte wird zurückkehren, wenn die Probleme angepackt und gelöst werden.

Wenn diese Koalition Erfolg haben will, dann muss sie handeln.

Ich habe heute einen Schwerpunkt meiner Rede auf die Sozialversicherungen gelegt. Wahr ist jedoch: Viele Baustellen haben sich angesammelt. Wir müssen viele Dinge gleichzeitig anpacken:

Wir brauchen Arbeits- und Energiekosten, die unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht länger einschränken.

Wir brauchen mehr Tempo – wir müssen einfacher, schneller und digitaler werden.

Wir brauchen endlich eine geordnete und qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.

Wir brauchen ein flexibleres Arbeitsrecht.

Und das brauchen wir nicht irgendwann – sondern jetzt!

Glauben Sie mir:

Deutschland kann das!

Deutschland kann mehr!

Vielen Dank!